

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Published Version

Bündnis für Arbeit: falsche Fragen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (2001) : Bündnis für Arbeit: falsche Fragen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 81, Iss. 3, pp. 132-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40873>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die jüngste Kanzlerrunde im Bündnis für Arbeit ist im Dissens zu Ende gegangen. Nachdem schon die „Reform“ des Betriebsverfassungsgesetzes, wiewohl beschäftigungsrelevant, im Vorwege zum Tabu erklärt worden war, wurde die Abschlusserklärung, kaum unterschrieben, von den Teilnehmern sogleich unterschiedlich interpretiert, (angeblich) eingegangene Verpflichtungen wurden wieder zurückgenommen. Die Gewerkschaften drohten gar mit dem Ende der beschäftigungsorientierten (!) Tarifpolitik, sollten die Unternehmen die Überstunden nicht bis zum Jahresende zurückfahren.

Im Mittelpunkt auch dieser Runde, wie aller früheren, stand die falsche Frage, wie Arbeit umverteilt werden kann: durch Abbau von Überstunden, Verkürzung der Lebensarbeitszeit, Jobrotation, mehr Teilzeitarbeit etc. Die richtige Frage bei vier Millionen Arbeitslosen müßte hingegen lauten, welche Maßnahmen – der Bundesregierung, der Landesregierungen wie der Tarifpartner – dem Ziel dienlich sind, neue Arbeitsplätze zu schaffen (und welche Maßnahmen von diesem Ziel eher wegführen). Und da Arbeitsplätze noch immer vor allem von privaten Unternehmen, insbesondere mittelständischen Firmen, und nicht von der Regierung oder den Verbänden geschaffen werden, müßte die Frage konkretisiert werden: Welche Anreize sind zielführend, um Unternehmen in den nächsten Jahren (d.h. nicht nur kurzfristig) zu höheren Investitionen in Deutschland und zum Angebot von mehr Arbeitsplätzen, im Hochlohn- wie im Niedriglohnsektor, zu veranlassen? Mit anderen Worten, wenn die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für Bundesregierung und Tarifparteien mehr ist als ein Lippenbekenntnis, dann ist die Ablösung des minimalistischen, defensiven Umverteilungsansatzes des Bündnisses zugunsten einer auf Beschleunigung des Wirtschaftswachstums gerichteten Offensivstrategie gefordert, nötigenfalls auch unter Verzicht auf einen Konsens.



Hans-Eckart Scharrer

Bündnis für Arbeit: Falsche Fragen

Tatsächlich waren Regierung und Tarifparteien in den vergangenen zwei Jahren mit der Konsolidierung der Staatsfinanzen, der Einkommen- und Körperschaftsteuerreform und der Vereinbarung von moderaten, mittelfristig orientierten Tarifabschlüssen auf einen Weg eingeschwenkt, der eine Steigerung der wirtschaftlichen Dynamik versprach. Die sogenannte Ökosteuer hatte bei aller Kritik, die gegen ihre Ausgestaltung (und ihre Bezeichnung) anzubringen ist, immerhin eine Stabilisierung und leichte Rückführung der Rentenbeiträge zur Folge. Auch die vorgesehene Rentenreform geht mit der langfristigen Rückführung des Rentenniveaus und der Stärkung der privaten Vorsorge in die notwendige Richtung. Allerdings vergrößert die geplante staatliche Förderung – anfangs mit jährlich 20 Mrd. DM, bei rasch steigendem Volumen – die strukturelle Schieflage des Bundeshaushalts: 2000 machten die Leistungen an die Rentenversicherung mit 127,1 Mrd. DM bereits 26,6% der Gesamtausgaben aus, bei rasch steigendem Trend (1999: 24,5%). Dies ist kaum geeignet, nachhaltige Investitions- und Beschäftigungsimpulse auszulösen. Das gleiche gilt für die Debatte über ein weiteres Draufsatteln bei der Ökosteuer, ohne Steuerentlastungen an anderer Stelle.

Negative Wachstums- und Beschäftigungsimpulse sind von den jüngsten politischen Entscheidungen zum Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit und zur Ausweitung der Mitbestimmung zu erwarten. Vor allem auf die bereits von der Steuerreform relativ benachteiligten mittelständischen Unternehmen, die wichtigsten Träger des Beschäftigungswachstums in Deutschland, kommen damit zusätzliche Belastungen und Risiken zu. Die Chance, die Mitbestimmung inhaltlich zu reformieren und die Betriebsräte gegenüber den Gewerkschaftszentralen zu stärken und ihnen die Kompetenz zum Abschluß von Betriebsvereinbarungen zur Beschäftigungssicherung – unter Abweichung vom Tarifvertrag – zuzuweisen, wurde vertan. Die Macht der zentralen Verbände bleibt unangestastet. Wenn die Behauptung wirklich stimmen sollte, daß die in Deutschland praktizierte Form der Mitbestimmung maßgeblich für die deutschen Wirtschaftserfolge sei, dann kommt man nicht umhin, daran zu erinnern, daß die Bundesrepublik beim Wirtschaftswachstum und dem Tempo der Rückführung der Arbeitslosigkeit seit Jahren an zweitletzter Stelle in der EU rangiert (nur Italien weist noch schlechtere Ergebnisse aus).

Die Globalisierung macht auch vor Deutschland nicht halt. Die Osterweiterung der EU, von Deutschland gewollt und betrieben, wird weitere Menschen auf der Suche nach Arbeit in die Bundesrepublik führen. Mit dem Abbau von Überstunden läßt sich dem nicht begegnen. Vielmehr hätte es nahegelegen, im Bündnis für Arbeit über den effizientesten Weg zu streiten, wie notwendige, in sozialdemokratisch regierten europäischen Nachbarländern längst durchgeführte Arbeitsmarktformen endlich auch in Deutschland verwirklicht werden können. Dem ist man im Konsens aus dem Wege gegangen. Dem Ziel, die Wirtschaft zu dynamisieren und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, dient dieser Konsens zwar nicht. Aber vielleicht ist dies ja auch gar nicht Ziel des Bündnisses?